

Protokolleintrag vom 24.08.2011

2011/310

Erklärung der SVP-Fraktion vom 24.08.2011: Finanzplatz Zürich

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Finanzplatz und Stadt Zürich – längst nicht über den Berg:

Die jüngsten Zahlen der beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse und die damit verbundenen Ankündigungen über massive Stellenstreichungen, welche von der UBS vorgestern bestätigt und konkretisiert wurden, überraschen die SVP der Stadt Zürich leider nicht.

Seit 2007 hat die SVP auf die bevorstehenden Schwierigkeiten insbesondere bei Banken und Vermögensverwaltern hingewiesen und auch deutlich gemacht, dass die goldenen Zeiten, die bis 2007 herrschten, wohl nie mehr erreicht werden können.

Die SVP warnte vor politischen Kurzschlusshandlungen – sprich übermässigen Regulierungen – aufgrund exzessiven Treibens einzelner Banken und vor den Auswirkungen des kampfflos aufgegebenen Bankkundengeheimnisses.

Leider standen wir in dieser Hinsicht alleine, vertraten doch gerade FDP Stadtrat Vollenwyder in seiner bekannten, gesundbeterischen Art aber auch seine Parteikollegin Regierungspräsidentin Gut die Meinung, dass dies alles dem Finanzplatz wenn überhaupt nur kurzfristig schade.

Die SVP der Stadt Zürich forderte den Stadtrat in mehreren Fraktionserklärungen dazu auf, vorbehaltlos zum Finanzplatz Schweiz und damit zum Wirtschaftsstandort Zürich zu stehen. Dazu gehört eben auch der bedingungslose Kampf gegen Überregulierungen und den ausländischen, namentlich deutschen, Angriff auf das Bankkundengeheimnis.

Leider ist in dieser Hinsicht nichts geschehen. Wenn die UBS nun 3500 Stellen streichen will und mitteilt, dass die Hälfte davon aus dem Investmentbanking betroffen sein werden, dann darf man davon ausgehen, dass ein grosser Teil der restlichen 50% aus dem Vermögensverwaltungsgeschäft stammen. Wer die Branche kennt, weiss, dass ein immer grösserer Anteil der Erträge aus dem Vermögensverwaltungsgeschäft aus Asien stammt und auch dort anfällt. Die neuen Eigenkapitalvorschriften führen zu deutlich höheren Kosten bei allen Banken. Die in Bücklingsmanier vereinbarten neuen Staatsverträge mit diversen europäischen Staaten und der USA, die unsichere Lage auf den Finanzmärkten, ausgelöst durch die Überschuldungskultur in der EU und der USA, lassen nicht nur die Anlagevolumen, sondern auch die Margen bei Banken und Vermögensverwaltern massiv einbrechen. Dies wird nicht nur kurz-, sondern auch mittel- und vor allem langfristig Folgen haben. Die Quittung zahlen nicht nur die Angestellten der Banken und Vermögensverwalter generell, sondern auch die Steuerzahler der Stadt Zürich im Allgemeinen. Der Finanzplatz dürfte wie von der SVP seit Jahren prognostiziert mindestens mittelfristig als Steuergoldesel ausfallen.

Unser Vorwurf an den Stadtrat und linke Parteien in Sachen Finanzplatz Totengräberei zu betreiben, bewahrheitet sich offenbar leider, denn UBS und CS sind bei weitem und nachweislich nicht die einzigen Betroffenen dieser Situation.

Die SVP der Stadt Zürich fordert den Stadtrat deshalb nachdrücklich und zwingend auf,

- sich endlich vorbehaltlos und öffentlich für einen starken Finanzplatz ohne Einmischung von aussen stark zu machen
- Steuern und explizit auch Gebühren für Firmen und Privatpersonen mit dem Budget 2012 markant zu senken, damit auch Privatpersonen und KMU's Investitionen und Konsum bereit sind
- die Budgets 2012 und 2013 einschliesslich der Steuern- und Gebührensenkungen ausgeglichen zu gestalten. Dabei gilt es auch, jene Ausgaben zu überprüfen und zu kürzen, die nicht unmittelbar zum Funktionieren eines Gemeinwesens benötigt werden. Die Förderung des Tanzes gehört zum Beispiel kaum zu den zentralen Aufgaben des Staates.